

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 5, 8. März 2001

Einblicke

Gläserne Nazis

Von Ralf Bachmann

Die Eskalation rechter Gewalt hat viel Nachdenken und Aktivität ausgelöst. Dazu gehört auch Innenminister Otto Schilys Entscheidung, in Brandenburg eine „Verstärkungseinheit“ von 80 BGS-Angehörigen aufzustellen, die gemeinsam mit der Polizei den Kampf gegen Ausschreitungen von Neonazis und Ausländerfeinden führen soll. Für diesen Schritt spricht einiges - mehr Sicherheit im grenznahen Raum, direktere Vermittlung überregionaler Erkenntnisse von Planung und Vernetzung, größere Kapazität und damit auch höhere Erfolgschancen bei Personenkontrollen und Durchsuchungen. Alle Beteiligten bekommen „Personagramma“ mit Fotos, die aus den 50 straffällig Gewordenen „gläserne Neonazis“ machen. Da auch der Verfassungsschutz, etwa bei der Überwachung des Internet, die bewährte „mobile Einsatzgruppe“ MEGA und andere Institutionen zunehmend effektiv werden, kann man schlussfolgern: Die Staatsmacht ist auf die rechte Gefahr orientiert.

Dennoch gibt es in diesem System einen ernsthaften Schwachpunkt. Es kann fast immer erst in Aktion treten, wenn etwas passiert, womöglich Blut geflossen ist. Der größere Teil der Arbeit ist aber weit vor solchen Zwischenfällen zu leisten. Das ist die geduldige und entschiedene Auseinandersetzung mit der Denkwelt jener, die Anderssein hassen und diesen Hass mit Fäusten und Knüppeln artikulieren. Da sind Uniformierte und Bewaffnete überfordert. Da geht der Ruf an jene breite Skala der Weggefährten junger Leute, beginnend bei Elternhaus, Kita und Schule über Sportvereine, Kulturgruppen, Jugendklubs und Lehrwerkstätten bis hin zu Aktionsbündnissen und Medien. „Verstärkungseinheit“ des BGS? Ja, angesichts der Situation. Aber als Notmaßnahme, deren Hauptziel sein muss, sich selbst überflüssig zu machen. Dieses Ziel ist erreichbar. Man wird weder als Ausländerfeind noch als Antifaschist geboren. Was ein Mensch wird oder bleibt, hängt von Erziehung und vom Umfeld ab.

Außenseiterpartei

Bei den Landtagswahlen am 25. März im Südwesten hofft die NPD - mit vermutlich geringen Erfolgsaussichten - vor allem auf junge Wähler. **Seite 2 ■**

Sturm auf das Revier

Die Neonaziszene verlagert ihre Aktivitäten zunehmend in das Ruhrgebiet. **Seite 3 ■**

Aussteigerprogramm

Das Konzept, aussteigewilligen Neonazis Unterstützung angedeihen zu lassen, ist sinnvoll. Positive Beispiele aus der Vergangenheit belegen dies. **Seite 6 ■**

Stimmungsbarometer

Für Frankreichs gesplante extreme Rechte sind die bevorstehenden Kommunalwahlen ein Test für ihre - noch bestehende - Relevanz. **Seite 7 ■**

Mitschuld am Holocaust

IBM muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, technische Voraussetzungen für die Judenvernichtung geliefert zu haben. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**NPD ohne Chance**

Bei den Landtagswahlen im Südwesten spielt die rechtsextreme Partei höchstens eine Außenseiter-Rolle

Rund vier Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg wissen 85 Prozent der Bürger, dass sie mit Sicherheit keine rechtsextreme Partei wählen werden. Das ergab eine Umfrage von Infratest dimap. Die anderen 15 Prozent überlegen zwar noch, ob sie das Kreuz nicht vielleicht doch ganz rechts machen, aber für die NPD wird davon kaum etwas übrig bleiben. Der größte Teil geht an die Republikaner, die nach einer aktuellen Umfrage um die Fünf-Prozent-Hürde pendeln (1996: 9,1 Prozent). Nach außen träumt die baden-württembergische NPD-Spitze von einer Zwei vor dem Komma. Tatsächlich dürften die Nationaldemokraten froh sein, wenn sie am 25. März mehr als ein Prozent der Stimmen bekommen.

In nur 34 von 70 Wahlkreisen tritt die rechtsextreme Partei an. Selbst die Partei Bibeltreuer Christen ist stärker vertreten. Ärger gab es schon im Vorfeld. In den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Balingen wollten die Kreiswahlausschüsse die NPD-Kandidaten gar nicht zulassen, weil ein Teil der erforderlichen Unterstützungsunterschriften gefälscht sein soll. Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind, müssen in Baden-Württemberg 150 Unterschriften von Bürgern aus dem Wahlkreis vorlegen, in dem der Kandidat antreten soll. Der Landeswahlausschuss sprach zwar auch nach eingehender Prüfung von einem Fälschungsverdacht, konnte aber keine Beweise vorlegen und musste deshalb die Kandidaten, das rechte Buchhändler-Paar Edda und Hans Schmidt aus Bisingen, sowie den NPD-Pressesprecher Janus Nowak, doch noch zulassen.

Der NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland fordert im Wahlkreis Bietigheim-Bissingen REP-Chef Schlierer heraus, Mike Layer, Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, tritt in Bruchsal an, die ehemalige Funktionärin der verbotenen Wiking-Jugend Edda Schmidt steht im Wahlkreis Hechingen-Münsingen auf der Liste. Ergänzt wird die „NPD-Prominenz“ von Mitgliedern aus der zweiten Reihe, wie einem Augenarzt, einem Orchestermusiker oder einer Rentnerin. Ihre

Chance sieht die NPD vor allem bei unzufriedenen REP-Wählern. Dabei konzentriert sich die Partei auf den ländlichen Bereich. In größeren Städten wie Mannheim, Heidelberg, Ulm oder Ravensburg treten die Rechtsextremisten gar nicht erst an. Sogar die einstige Hochburg Weinheim ist verwaist. An der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg vor fünf Jahren hatte die NPD nicht teilgenommen.

Im benachbarten Rheinland-Pfalz hat die NPD zwar deutlich weniger Mitglieder als in Baden-Württemberg, doch hier rechnet der Landesvorsitzende Martin Laus bei der Landtagswahl mit einem Ergebnis zwischen einem und fünf Prozent. Eine Null vor dem Komma wäre für den 32-jährigen Studenten und EDV-Unternehmer eine Enttäuschung.

Anders als in Baden-Württemberg kann die NPD in Rheinland-Pfalz mit einer Landesliste antreten. Voraussetzung dafür waren etwas mehr als 2000 Unterstützungsunterschriften aus dem ganzen Bundesland. Ein großer Konkurrent im Kampf um die Stimmen von ganz rechts ist genau daran gescheitert: Die Pfalz-Partei nimmt mangels solcher Unterschriften an der Landtagswahl am 25. März gar nicht teil. Mit den Republikanern, die im Süden des Landes mit 34 Sitzen in kommunalen Gremien vertreten sind, buhlt die NPD um des rechten Wählers Gunst.

Stimmen erhofft sich die NPD dabei vor allem in den südlichen Wahlkreisen des Landes, wie Ludwigshafen, Kaiserslautern und der Südpfalz. In der REP-Hochburg Germersheim (10 Prozent der Stimmen bei der Kommunalwahl 1999) hat die NPD zusätzlich den ehemaligen Landesvorsitzenden Karlheinz Pffirmann als Direktkandidaten aufgestellt. Der Vermögensberater war bei den Kommunalwahlen vor zwei Jahren noch Spitzenkandidat der Pfalz-Partei. Weitere Stimmen erhofft man sich für den 23-jährigen Industriekaufmann Volker Fischer. Der NPD-Landesschatzmeister steht im Wahlkreis Landau als Direktkandidat auf dem Wahlzettel. Gute Chancen sieht der Landesvorsitzende Laus vor allem bei den „jungen Wählern“. Wie die aussehen, wurde in den vergangenen Wochen bei Infoständen in der Ludwigshafener Innenstadt deutlich. Wer sich dort eine Broschüre mitnehmen wollte, musste erst an 20 bis 30 Glatzköpfen vorbeikommen. Obwohl die Skinhead-Szene in der Vorder- und Südpfalz zu den stärksten in ganz Süddeutschland zählt, kann die NPD jedoch bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz wohl höchstens auf Ausreißer in einzelnen Wahlkreisen hoffen. *Benny Bender*

Aktivitäten

Tumulte im Revier

Das östliche Ruhrgebiet wird zum Schwerpunkt von Neonazis. Am 3. März demonstrierten sie zum dritten Mal seit Oktober durch Dortmund.

Wieder hatte Christian Worch den Umzug angemeldet. Seit dem vorigen Jahr hat er das Ruhrgebiet als einen seiner Schwerpunkte ausersehen. Der „soziale Schmelztiegel“ an der Ruhr sei bereit „für den Gegenangriff der nationalen Revolution“, glaubt er. Seit Ende 1999 sind seine Anhänger in und um Dortmund wieder aktiver geworden. Lange war es dort vergleichsweise ruhig. Dortmunds Staatsschutz hatte mehr mit der rechtsextremen Szene im Sauerland zu tun als mit der vor der eigenen Haustür. Doch das hat sich geändert. Während die Sauerländer Neonazis 1999 zweimal dabei scheiterten, Demonstrationen durchzuführen, machte Worch in Dortmund vor, wie man die Sache aus seiner Sicht richtig angeht.

„SS-Siggi“ Siegfried Borchardt (47) ist dabei nur einer von denen, die die braunen Fäden in der Hand halten. Er zehrt von einem hart erarbeiteten Ruf: Seit einem Vierteljahrhundert ist der Ex-Anführer der Borussenfront in der Szene aktiv, stand mehrfach wegen Körperverletzung vor Gericht, hatte es immerhin bis zum Bundesvize der FAP gebracht. Carsten Köppe, vorbestraft wegen Körperverletzung und Verbreitung indizierter CDs, ist ein anderer an der Spitze. Vor allem Organisatorisches gilt als seine Stärke. Derzeit sitzt Köppe, der „Kameradschaftsführer“ der Ruhrpottkameradschaft Dortmund/Witten, in Haft. Er soll dem wegen Mordversuchs gesuchten Neonazi Christoph Schulte bei der Flucht geholfen haben. Nicht zu vergessen auf der Führungsebene der Dortmunder Rechts-extremisten sind der NPD-Funktionär Pascal Zinn und mit Michael Kratz einer, der in den 90er Jahren in Kroatien wohl ganz praktische Gewalterfahrungen gesammelt hat.

Das Licht zieht die Motten an, intensivere neonazistische Aktivitäten die Neonazis von außerhalb. In Dortmund - passend in direkter Nähe der S-Bahn-Station mit dem stolzen Namen „Germania“ - lebt seit einem knappen Jahr Michael Krick. Früher war der 24-Jährige einer der führenden Leute der Sauerländer Aktionsfront (SAF), bis er we-

gen diverser Delikte aus dem Verkehr gezogen wurde und einsaß. Auch bei Krick, der in den Niederlanden arbeiten soll und eine wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit deutscher und holländischer Neonazis spielt, tauchte die Polizei auf, als sie nach Fluchthelfern Schultes suchte. Von außerhalb nach Dortmund gekommen ist auch Markus Samland, der an der Fachhochschule Maschinenbau studiert. Beobachter der Szene fragen sich, ob Samland, der früher in Aurich wohnte, in Worchs Auftrag an die Ruhr gezogen ist.

Eng verwoben sind die Dortmunder Neonazis mit ihren Kameraden aus Bochum, Essen und Lünen - und vor allem mit jenen aus Hagen, als deren Anführer Ronald Guziewski und Marc vom Ort gelten. Für Außenstehende sind klare Strukturen dabei nur schwer zu erkennen. „Wir sind für diesen Staat nicht transparent, da wir keinen Vorstand haben, keine Mitgliedsbücher führen oder einer sonstigen demokratischen Vereinsmeierei unterliegen“, betonen „Freie Nationalisten im Nationalen Widerstand Ruhr“ im Internet.

Auch im WWW hat die Revier-Szene erheblich an Bedeutung gewonnen. Noch vor eineinhalb Jahren gab es lediglich eine wichtige Neonazi-Homepage aus Nordrhein-Westfalen: die des SAF-Ablegers „Siegener Bärensturm“. Inzwischen verbreiten gleich mehrere Seiten von Rhein und Ruhr braunes Gedankengut im Netz - als wichtigste der „Widerstand West“, mit seinen Links zum „Widerstandsbüro“, zum NIT Rheinland und zur „Anti-Antifa“. Beim „Nationalen Widerstand Ruhr“ kommt auch Polizisten-Mörder Kay Diesner zu Wort: Er darf auf der Homepage zum Terror aufrufen und mitteilen, dass „wir uns im 'Krieg' gegen dieses 'System' befinden“.

Solchen Klartext vermeiden die Neonazis, wenn sie öffentlich auftreten. Doch auch diese Vorsichtsmaßnahmen verhindern nicht, dass ihr Weg oft geradewegs vor Gericht endet: Kamerad Schulte aus Plettenberg sitzt wegen Mordversuchs in Untersuchungshaft, Kamerad Köppe wegen Strafvereitelung, Kamerad Marc Miekeley aus Lüdenscheid, weil er Schulte auf seiner Flucht von München ins Sauerland gefahren haben soll, und Kamerad Borchardt wird sich im März wegen einer Randalaktion bei seiner Geburtstagsfeier vor Gericht verantworten müssen. Gut möglich, dass Dortmunds Neonazis bald in ernste Schwierigkeiten geraten, weil ihre „Köpfe“ hinter Gittern sitzen.

Tomas Sager

Aktivitäten**Renitente Basis**

Bei einer NPD-Wahlkampf-Demonstration in Ludwigshafen marschierten Skinheads und „Blood&Honour“-Aktivisten vorneweg

„Ist das immer noch Dein Land?“ - unter diesem Motto wollte die NPD im Rahmen des rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampfes durch Ludwigshafen ziehen. 300 bis 400 Teilnehmer hatte die rechtsextreme Partei angemeldet, außerdem sollten der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Sascha Roßmüller, und der Spitzenkandidat der NPD in Rheinland-Pfalz, Martin Laus, in der Innenstadt zu den Anhängern sprechen.

Bei der Stadtverwaltung war schon Tage vor dem Aufmarsch die Aufregung groß. Hastig wurde im Stadtrat eine Resolution gegen rechts verabschiedet. Für besorgte Bürger richtete man sogar eine Info-Hotline ein. Wenige Tage vor der Veranstaltung wollte man der NPD auch noch einen Info-Stand in der Fußgängerzone verbieten, ohne Erfolg. Bis kurz vor Beginn der Demonstration zankte sich die Stadt Ludwigshafen schließlich mit der NPD: um den Weg durch die Innenstadt, die Kleidung der Teilnehmer, um Fahnen und Trommeln. Den rechten Aufmarsch konnte die Stadt zwar nicht verbieten, doch auf juristischem Wege erzielte man durchaus einen Erfolg: Erstmals wurde Skinheads das gemeinsame Tragen von dunklen Bomberjacken und Springerstiefeln untersagt. Die städtische Verfügung wurde vom Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße und vom Oberverwaltungsgericht in Koblenz bestätigt. Diese Kleidung sei ihrer Art nach eine Uniform und „Ausdruck einer gewaltbereiten rechtsextremistischen Gesinnung“, urteilten die Richter (Az. 11 B 10234/01.OVG Koblenz). Auch Parolen mit den Worten „Nationaler Widerstand“ waren beim NPD-Aufmarsch am 17. Februar in Ludwigshafen gerichtlich verboten.

Doch ohne große Mühe konnten die Auflagen umgangen werden. In der Verfügung waren ausdrücklich nur grüne, schwarze und blaue Bomberjacken erwähnt worden. Nach Aufforderung der Polizei drehten die Skinheads einfach ihre Jacken um und trugen das orangefarbene Futter nach außen. Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln, ein rassistisches Zeichen, das inzwischen wirklich jeder

kennt, wurden von der Stadt Ludwigshafen gar nicht bedacht und konnten ohne Rüge getragen werden.

Auch die Einschränkungen bei den Parolen waren für die rund 170 Rechten auf ihrem dreistündigen Zug durch die Ludwigshafener Innenstadt kein größeres Problem. Pikanterweise hat allerdings die marschierende Basis bei den Sprechchören gewagte Alleingänge gemacht: Während es aus dem Lautsprecherwagen an der Spitze der Demonstration tönte „Lügen haben kurze Beine - Joschka Fischer zeig' uns deine!“, grölte der Rest der NPD-Anhänger „frei, sozial und national“. Ausländern schrie man sogar lauthals „Widerstand statt Dönerstand“ entgegen. Farbige Anwohner, die den rechten Aufmarsch vom Fenster ihrer Wohnung aus beobachtet hatten, mussten sich die aus Fußball-Stadien bekannten Affengeräusche anhören. Und als bei einer Zwischenkundgebung plötzlich Eier und Salatköpfe flogen, waren die meisten NPD-Anhänger stärker an einer Auseinandersetzung mit den Gegendemonstranten interessiert, als an der Rede von Sascha Roßmüller. Der sprach zwar unbeirrt weiter, musste aber auf einen Großteil seiner Zuhörer verzichten. Nur mit Mühe konnten die NPD-Ordner ihre aufgebrachten Anhänger zurückhalten.

Einmal mehr wurden bei der NPD-Demonstration in Ludwigshafen auch die engen Verbindungen zur militanten Szene deutlich. Schon vor der Veranstaltung wurde ein bekannter Skinhead aus dem vorderpfälzischen Altrip mit zwei Gaspistolen festgenommen. Den Ordnerdienst übernahmen unter anderem Mitglieder der Karlsruher Kameradschaft und „Blood&Honour“-Aktivisten wie Falk Schwarzer aus dem nordbadischen Schwetzingen. Der stellvertretende Leiter der B&H-Sektion Baden, Hartwin Kalmus aus Karlsruhe, marschierte ebenso beim Aufzug mit, wie der Nationalist Rene Rodriguez-Teufer aus Viernheim. Angemeldet worden war die Demonstration vom rheinland-pfälzischen Landesverband der NPD, die Organisation vor Ort übernahm dann der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl. Der 30-Jährige marschierte voran, teilte die Ordner ein und führte die Verhandlungen mit dem Einsatzleiter der Polizei. Erst im November war der ehemalige Inhaber des Skinhead-Ladens „Hehls World“ aus dem Gefängnis entlassen worden. Er saß über ein Jahr wegen Körperverletzung in Haft. Trotz allem ist „Deutschlands bekanntester Skinhead“ im Landesvorstand der NPD Rheinland-Pfalz vertreten. *Benny Bender*

Aktivitäten

Kopfgeld ausgesetzt

Funktionär des neonazistischen „Pinneberger Sturm“ kommt vor Gericht glimpflich davon.

Das Urteil fiel Amtsrichter Jürgen Ziegler sichtlich schwer. Am 21. Februar sprach der Elmshorner Richter den Neonazi Christoph Otto vom Vorwurf der Nötigung frei. Grund: Mangel an Beweisen. „Bei allen Emotionen, der Grundsatz: im Zweifel für den Angeklagten ‘gilt auch für Rechte‘“, erläutert Ziegler sein Urteil.

Im Januar 2000 war Otto von dem Elmshorner IG-Metall-Chef Uwe Zabel und einer Kollegin im Parkhaus gegenüber vom Gewerkschaftsbüro mit den Worten, „Halt, was hast du denn in der Tasche?“ gestellt worden. Sofort zog Otto ein Messer und bedrohte Zabel. Zuvor war in dem IG-Metall-Büro ein telefonischer Hinweis eingegangen, das vom Parkdeck aus Neonazis den Eingang des Büros fotografieren würden. An diesem Abend fand in der Geschäftsstelle ein Treffen des Bündnisses „Keine Toleranz den Neonazis in Elmshorn und anderswo“ statt. „Da die Geschäftsstelle schon mehrfach Ziel von Neonazi-Anschlägen gewesen war“, sagt Zabel als Hauptzeuge aus, „sei er sofort davon ausgegangen, dass es sich um eine gezielte Anti-Antifa-Aktion handele, um weitere Steckbriefe zu erstellen“.

Otto erzählt, unterstützt von seinem Verteidiger Jürgen Rieger, indes dem Gericht eine andere Version des Abends. Der Aktivist des „Pinneberger Sturm“ stritt nicht ab vor Ort gewesen zu sein, doch er hätte dort nur sein Auto geparkt, weil er einkaufen gehen wollte. Elmshorn sei ja auch nicht so weit weg von Pinneberg. Plötzlich wären dann aber „dunkle Gestalten“ auf ihn zugekommen und aus Angst, dass man ihn bestehlen wolle, habe er sein „Klappmesser“ gezogen. Dann hätte er „fliehen“ können. Erst später identifiziert Zabel den 22-jährigen Neonazi mit Hilfe von Fotos aus dem Hamburger „taz“-Archiv. „Auf einem Bild von dem Neonazi-Aufmarsch in Bergedorf war er mit Ordnerbinde abgelichtet“.

Seit fast sieben Jahren ist Otto, der schon sechsmal wegen Körperverletzung, Nötigung und Waffendelikten vor Gericht stand, in der Pinneberger

neonazistischen Szene aktiv. Vor dem Verbot der FAP 1995 galt er zusammen mit Clemens Otto als einer der regionalen FAP-Kader. Mittlerweile leiten beide Ottos, die nur Namensvettern sind, den „Pinneberger Sturm“, der fest in dem Netzwerk des „Aktionsbüros der Freien Nationalisten Norddeutschland“ eingebettet ist. Regelmäßig stellen sie Ordner bei den von dem Hamburger Neonaziführer Christian Worch angemeldeten Aufmärschen. Und führen ein eigenes Kameradschaftsleben, mit allem, was dazu gehört. Im Herbst 1997 starteten sie nach einer Feier bei Christoph Otto, der bis heute noch bei seinen Eltern wohnt, zu einer Jagd auf Fans des Fußballclubs St. Pauli unter dem Motto „Rote Zecken klatschen“. Am Pinneberger Bahnhof stießen sie auf einen Togolesen, den sie stattdessen brutal zusammen schlugen. Auf dem Rückweg griff Christoph Otto dann noch alleine zwei weitere Personen an. Vor Gericht fand Otto damals bereits Gnade, weil er aussagte „jetzt nichts mehr mit diesen Kreisen zu tun zu haben“.

Während der Verhandlung jetzt, so Richter Ziegler, habe Ottos Version nicht widerlegt werden können. Die Zeugen hätten nicht gesehen, dass er tatsächlich fotografierte. „Wenn es anders gewesen wäre, hätte Herr Zabel ein Recht gehabt, ihn zur Personalienfeststellung festzuhalten.“ Nur sei es nicht sicher, dass Otto Fotos gemacht habe, so dass er das Recht besaß, „nicht zu dulden, was mit ihm passieren“ könnte. Insofern sei das Messer ein „adäquates Mittel“ zur Notwehr gewesen.

Rieger warf in seinem Plädoyer Zabel „geplanten Raub“ und „vollendete Nötigung“ vor. Der Hamburger Neonazi-Anwalt betont: „Wenn die politischen Verhältnisse anders wären, müssten die Zeugen auf die Anklagebank“.

Trotz des Freispruch kam Otto nicht ganz unbestraft davon. Bei der Durchsuchung seines Zimmers hatte die Polizei auch ein verbotenes Fallmesser gefunden. Wegen Verstoß gegen das Waffengesetz wurde Otto zu einer Geldstrafe von 6000 Mark verurteilt. „Bei ihrer Vorgeschichte, dürfen sie überhaupt keine Waffen oder ähnliche Gegenstände besitzen“ begründete der Richter die hohe Strafe.

Wie berechtigt Zabels Sorge war, offenbarten die Aktionen der Neonazis in den Monaten nach dem Vorfall vom Januar 2000. Aus dem Umfeld des „Pinneberger Sturm“ erschien ein Steckbrief zu Zabel und ein „Kopfgeld“ wurde auf ihn ausgesetzt.

Andreas Speit

Seitenblick**Abschwörprämie?**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat ein Konzept für ein Aussteigerprogramm für „Rechtsextremisten mit Vorbildfunktion“ vorgelegt. Am 20. Februar haben die Innenminister der SPD-regierten Länder in Mainz mit Otto Schily darüber beraten. Im Mai wird sich die Innenministerkonferenz mit dem Thema befassen.

Von einem Prämiensatz von 100 000 Mark für aussteigewillige Neonazis war in Medien die Rede. Doch darum soll es nicht gehen: dass ein Neonazi, der bekundet, über Nacht seine Gesinnung ändern zu wollen, dafür eine sechsstellige Summe kassiert. Man darf sich auch nicht der Illusion hingeben, das Aussteigerprogramm sei eine Allroundwaffe im Kampf mit der rechtsextremen Gewalt. Eine Massenbewegung von rechtsaußen in demokratische Gefilde wird es nicht bewirken können. In Nordrhein-Westfalen rechnet man, dass allenfalls zwei bis drei Personen dafür in Frage kommen. In Niedersachsen werden 130 ins Visier genommen. Die Schlüsselfiguren der Szene, etwa Parteivorsitzende oder seit Jahren hauptamtlich tätige Funktionäre, werden so bestimmt nicht umgedreht werden können. Doch diese Hoffnung hegt wohl auch niemand ernsthaft.

Grundlage für das Programm sind die guten Erfahrungen, die bislang mit aufsuchender Polizeiarbeit zum Beispiel bei Hooligans gemacht wurden. Für diese Besuche waren aber die gesetzlichen Grundlagen nur bei Straftätern gegeben. Außerdem konnten diese Hausbesuche noch nicht flächendeckend durchgeführt werden. In Nordrhein-Westfalen wurden etwa 750 Ansprachen gemacht. In Baden-Württemberg sind 324 Rechtsextremisten aufgesucht worden, davon waren 252 gesprächsbereit, von denen sich 80 aussteigewillig zeigten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, bestätigt eine Verunsicherung der Szene durch die aufsuchende Polizeiarbeit: „Die wissen, dass sie die Polizei im Nacken haben und das zeigt positive Effekte.“

Einen Sinn macht das Programm nur als konzentrierte Aktion zwischen Polizei, ihren Jugendsachbearbeitern, den Staatsschutzabteilungen, Sozialarbeitern, die eine intensive Betreuung gewährlei-

sten müssen und dem Verfassungsschutz, der hier auch als Vermittler auftreten kann. Eine Telefon-Hotline, unter der sich Rechtsextreme, die der Szene den Rücken kehren wollen, melden können, ist eine gute Ergänzung, denn solche Personen haben außer ihrem Kameradenkreis häufig keine anderen Ansprechpartner mehr.

Es gibt solche Fälle: Ein Neonazi, der seit sechs Jahren in einem braunen Kameradenzirkel integriert war, dann aber bei einer Aktion gemerkt hat, dass er mit einem Fuß schon im Gefängnis stand, will nicht mehr mitmachen. Sei der Grund nur, weil er befürchtet, sich durch Beteiligung an kriminellen Aktionen die Zukunft zu verbauen. Andererseits lebt er in einem kleineren Ort, steht ständig unter „Kameradenbeobachtung“, kann sich dem Gruppenzwang kaum entziehen und hat Angst, weil er weiß, daß er schnell als Verräter gebrandmarkt und „bestraft“ werden könnte. Wenn so jemand dann einen Ansprechpartner hat und eventuell Hilfe bei einem Umzug bekommt, damit er in einem anderen sozialen Umfeld leben kann, dann kann auch der dauerhafte Ausstieg aus der Szene gelingen, insbesondere dann, wenn die Kontaktperson sich auch ideologisch mit ihm auseinandersetzt.

Auch bei rechtsextremen Straftätern, die schon im Gefängnis sitzen, wäre eine verstärkte Betreuung sinnvoll. Die rechtsextreme Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene weiß um den potenziellen Wankelmut einsitzender Neonazis und lässt ihren Gesinnungsgenossen Hilfe angedeihen. Sie reicht von finanzieller Unterstützung für Familien, über Besuche, Solidaritätsbriefe und Vermittlung von juristischem Beistand. Diese „Hilfe“ ist gelegentlich so effizient, dass es in manchen Vollzugsanstalten regelrechte Kameradentreffen gibt. Hier kann eine intensivere Betreuung als bisher in einzelnen Fällen zum Erfolg führen. Bei einer jungen Frau, deren politische Karriere bei den Jungen Nationaldemokraten begann und mit einer sechsjährigen Haftstrafe wegen Bankraub endete, war es gerade den Gesprächspartnern im Gefängnis zu verdanken, dass sie die Abkehr vom Rechtsextremismus schaffte und nach der Haft ein neues Leben ohne braunen Kameradenkreis anfangen konnte.

Wichtig wird aber immer auch die Eigeninitiative bleiben, die ein Aussteigewilliger einbringt. Zuviel darf man sich vom Aussteigerprogramm nicht erwarten; die Chancen sind eher gering. Aber es ist den Versuch wert. Dafür gibt es Beispiele aus der Vergangenheit.

Franziska Hundseder

Seitenblick**„Akte B“ geschlossen****Zum Prozess gegen Alois Brunner**

Auf der Liste der gesuchten mutmaßlich schlimmsten NS-Verbrecher Simon Wiesenthals steht er seit Jahrzehnten an erster Stelle. Fast 150 000 Juden soll er in den Tod geschickt haben: zuerst aus Österreich, dann aus der Slowakei, aus Griechenland und schließlich aus Frankreich 345 jüdische Kinder - eine Woche, bevor die Westalliierten Paris befreiten. Es geht um den SS-Hauptsturmführer Alois Brunner, dem zum dritten Mal in Frankreich der Prozess gemacht wurde - erneut in Abwesenheit, was es hier zu Lande nicht gibt. Richterin Martine Varin hatte keine Geschworenen, es gab keine Zeugen und keine Plädoyers. Die Richter hat die Anklage verlesen einschließlich der Namen der 345 Kinder, die Brunner im Juli 1944 noch aus dem Lager Paris-Drancy nach Auschwitz gebracht hat, dann folgte das Urteil: lebenslang wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das Verfahren sowie das Urteil haben nur symbolischen Wert. Brunner, 1954 in Frankreich in zwei Abwesenheitsprozessen zum Tode verurteilt, saß nicht auf der Anklagebank. Es ist sogar ungewiss, ob er noch am Leben ist. Einen Beweis für seinen Tod gibt es freilich auch nicht. Er ist gleichsam ein Phantom seit seiner Flucht im Jahre 1954 aus Essen nach Kairo und später weiter nach Damaskus. Dass er dort als Georg Fischer gelebt und Geld verdient hat, steht demgegenüber fest. Schließlich hat „Fischer“ von dort aus regelmäßig seine Familie in Österreich finanziell unterstützt. Und so ist auch die Behauptung syrischer Behörden und von Staatspräsident Hafis el Assad, Brunner habe nie in Syrien gelebt, eine glatte Lüge. Judenfeinde waren und sind in Syrien unverändert willkommen.

Dass die „Akte Brunner“, wie eine TV-Dokumentation von Esther Schapira und Georg Hafner heißt, noch einmal geöffnet werden konnte, haben der Pariser Rechtsanwalt Serge Klarsfeld und seine Frau Beate durchgesetzt. Sie haben Brunner Verbrechen angelastet, die in den beiden vorherigen Verfahren unbekannt waren: die Deportation der 345 Kinder. Serge Klarsfeld jedenfalls hat am 2. März sein Ziel erreicht, Brunners letzte Opfer aus der Anonymität geholt zu haben. Die 345 Mädchen und Jungen haben wieder Namen. *Heiner Lichtenstein*

Ausland**Die „Feuertaufe“**

Frankreichs gespaltene extreme Rechte rüstet sich für die Kommunalwahlen. Im Großraum Lyon gibt es Wahlbündnisse mit Bürgerlichen.

Die französischen Kommunalwahlen am 11. und 18. März dürften für die beiden rechtsextremen Parteien FN (Front National) und MNR (Mouvement National Républicain) zum Lackmustest werden für den gesellschaftlichen und politischen Einfluss, der ihnen nach ihrer Spaltung geblieben ist.

Insbesondere für den MNR, der sich Anfang 1999 unter Führung von Bruno Mégret von dem „alten“ FN unter Jean-Marie Le Pen abgetrennt hat, wird das Bestehen des Tests mutmaßlich zur Überlebensfrage. Bei der Europaparlamentswahl im Juni 1999 erreichte er nur 3,28 Prozent (gegenüber 5,69 Prozent für den Rest-FN). MNR-Vizechef Jean-Yves Le Gallou bezeichnet daher die anstehenden Kommunalwahlen öffentlich als „Feuertaufe“ der Partei. Innerhalb der Organisation stellen Manche allerdings bereits Fragen nach der Fortexistenz.

So hat Pierre Vial, Chefdenker des neuheidnisch-rassebiologischen (so genannten „rassistischen“) Flügels der extremen Rechten, bereits angekündigt, dass er nicht beim MNR verbleiben werde, „um eine Statistenrolle zu spielen. Die Rechnungen werden nach den Märzahlen rasch aufgemacht sein. Nach diesem Datum wird man eine Bestandsaufnahme durchführen und die richtigen Fragen stellen müssen.“ Die linksliberale Pariser Tageszeitung „Libération“ hat Gerüchte, die durch die Konkurrenz Front National genüsslich ausgebreitet werden, aufgegriffen und titelte am 3. Februar: „Vorbereitungen zum Abgang aus der Mégret-Partei“. Dem Blatt zufolge wollten Vial und seine Anhänger, die in der Vereinigung Terre et Peuple (Volk und Erde) zusammengeschlossen sind, sich künftig vor allem auf einen von ihnen so genannten „kulturellen Kampf“ konzentrieren. Sollten die Kommunalwahlen freilich allzu schwache Ergebnisse für die Partei mit sich bringen, dann dürfte die Luft für die Weiterexistenz schnell dünn werden. Im Gegensatz zum Rest-FN, der ganz um seinen „Volkstribun“ und Chef zusammengeschweißt ist, bildet der MNR eher eine Kader- denn eine Führerpartei: ein Ausdünnen der Kaderstruktur wäre daher bedrohlich.

Jean-Marie Le Pen seinerseits sieht den Ausgang der Kommunalwahlen zweifellos als weniger dramatisch an, da ihn dieses Politikfeld im Grunde nie sonderlich interessiert hat - für ihn bilden nach wie vor die Präsidentschaftswahlen die, wie er sich ausdrückt, „Königin der Wahlen“, da dort die Wahlkampagne ganz auf die Führerfigur des „starken Mannes“ zugeschnitten werden kann. Und er hat längst angekündigt, dass er im Frühjahr 2002 noch einmal, zum letzten Mal, zur Präsidentschaftswahl antreten wolle. Allerdings hat er am 2. Februar auch, zum allerersten Mal in der Geschichte seiner Partei, eine eventuelle Nachfolge an der Spitze durchblicken lassen. In einem Radiointerview äußerte er, „falls mir heute etwas zustoßen würde“, dann wäre sein Nachfolger ganz klar Bruno Gollnisch. Der Lyoner Universitätsprofessor amtiert heute als Generaldelegierter des FN, ein Posten, den dereinst Bruno Mégret innehatte. Die Frage bleibt, in welchem Zustand er den FN erben würde. Im Juni des Vorjahres hatte Le Pen der Presse gegenüber beschworen, seine Partei werde in über 500 mittleren und größeren Städten zu den Kommunalwahlen antreten. Mittlerweile scheint sich diese Zahl auf 200 reduziert zu haben - dies ist jedenfalls die Zahl, die er, eher beiläufig, anlässlich einer Pressekonferenz am 11. Februar nannte.

Die extreme Rechte geht mit vier von ihr selbst regierten Städten in das Rennen zu den Kommunalparlamenten. Es deutet sich bereits an, dass sie zwei dieser Städte verlieren wird, darunter mit Toulon mit 180 000 Einwohnern die einzige Großstadt. Die Rechtsextremen dort sind heute in vier verschiedene Gruppierungen aufgespalten. Der Bürgermeister Jean-Marie Le Chevallier, der ernsthafte Probleme mit der Justiz hat (wegen Beeinflussung von Zeugen in früheren Verfahren sowie in einer behaupteten Unterschlagungsaffäre, in der der FN gegen ihn klagt) ist im März 1999 aus dem Front National ausgetreten, der ihn deswegen unbedingt zu Fall bringen will. Toulon ist der sichtbarste Ausdruck einer unfähigen und vor sich hinwurstelnden örtlichen FN-Mannschaft.

Vitrolles mit 39.000 Einwohnern unter Bürgermeisterin Catherine Mégret (MNR) hingegen ist umgekehrt das Beispiel einer lange Zeit hindurch praktizierten, knallhart ideologischen „Modell“-Verwaltung. Hier tobte der „Kulturkampf“ gegen missliebige Kulturschaffende besonders heftig. Anfang 1998 hatte die Stadt eine für europäische Eltern reservierte „Geburtenprämie“ eingeführt, die alsbald durch die Verwaltungsgerichte untersagt

wurde. Doch der MNR-Kaderstab, der lange Zeit - hinter der persönlich eher ahnungslosen und unfähigen Catherine Mégret - die Stadt real führte, ist heute ins nahe liegende Marseille abgezogen, wo sich Ehemann Bruno Mégret um das Oberbürgermeisteramt bewirbt.

Hingegen könnten Marignane (mit 37.000 Einwohnern ungefähr so groß wie Vitrolles) und das um ein Drittel kleinere Orange in den Händen der Rechtsextremen bleiben. Die Bürgermeister Jacques Bompard (FN, Orange) und Daniel Simonpieri (MNR) haben dort ihre lokale Hausmacht konsolidieren können, die nicht mehr auf allzu starke gesellschaftliche oder politische Widerstände treffen dürfte, sondern eher auf einen Gewöhnungseffekt bauen kann. In beiden Städten tritt nur jeweils der FN beziehungsweise der MNR zur Wahl an.

Gefahr droht insbesondere auch von jenen Listen, auf denen ehemalige Mitglieder von FN und MNR im Verein mit bürgerlich-konservativen Kräften antreten und so um ein politisches „Recycling“ und Bündnisfähigkeit bemüht sind. Dies ist insbesondere in mehreren östlichen Trabantenstädten von Lyon der Fall, wo die bürgerliche Rechte außerhalb solcher Bündniskandidaturen gar nicht mehr auftritt. In Rillieux-la-Pape tritt das örtliche bürgerliche Lager um Alain Dupperé von der liberal-christdemokratischen UDF im Verein mit Denis de Bouteiller und seinen Mitstreitern an. De Bouteiller war nach der FN-Spaltung zunächst Führungsmitglied der Mégret-Formation, der er im Oktober 1999 jedoch den Rücken kehrte. Die Spitzen der konservativen Parteien RPR und UDF haben zwar das Vorgehen der lokalen Kräfte verurteilt, stellen aber keine andere Liste auf, da die bürgerliche Basis in den Trabantenstädten erodiert ist. Eine örtliche Initiative gegen Rechtsextremismus berichtet etwa über Saint-Priest, dass dort ehemalige FN-Aktivisten das eigentliche Standbein eines solchen Bündnisses darstellen: „Die bürgerlichen Kräfte dienen ihnen als Vorhang.“ Die Tageszeitung „Libération“ zeigt sich am 25. Februar pessimistisch: In Lyon trete Charles Millon, der sich 1998 mit den Rechtsextremen im Regionalparlament verbündete, gegen den Kandidaten des bürgerlichen Lagers zur Oberbürgermeisterwahl an. Im Falle einer Niederlage der bürgerlichen Parteien in Lyon, und eines gleichzeitigen Sieges der „vereinigten Rechten“ in den Trabantenstädten „wird die Neuformierung der Oppositionsparteien im Großraum Lyon sich auf einer ganz neuartigen Grundlage abspielen.“

Bernhard Schmid

Ausland

Militantes Reservoir

Die rechtsextremistische Forza Nuova will zur italienischen Parlamentswahl als unabhängige Kraft antreten.

Eine Familientragödie wurde Ende Februar zum Politikum. Weil ein Doppelmord im norditalienischen Nori Ligure zunächst fälschlicherweise Albanern in die Schuhe geschoben wurde, schwappte eine Welle des Rassismus durch das Land. Doch in dem Fall war der Spuk schnell vorbei. Nachdem die Täter im engsten Familienkreis geortet wurden, musste der von der Lega Nord geplante Fackelzug gegen weiteren Ausländerzuzug abgesagt werden. Die norditalienischen Separatisten machen seit jeher mit Rassismus Stimmengewinne. Der ist längst in vielen italienischen Städten zur Alltagskultur geworden. Erst kürzlich wurde auf einer Raststätte in Norditalien eine Gruppe von Marokkanern von Neonazis der Gruppierung Veneto Fronte Skinhead mit Knüppeln und Messern schwer verletzt.

Eine ihrer Hochburgen ist die norditalienische Stadt Verona, die sich zu einer Hochburg der extremen Rechten entwickelte. So sorgte der Präsident des Fußballvereins von Verona, Giambista Pastorello, kurzfristig für Medienwirbel, als er in einem Interview erklärte, dass ihm die Fans den Hals umdrehen würden, wenn er einen farbigen Spieler einkaufen würde. „Die Fangemeinde von Verona ist schlimm, jedenfalls was farbige Spieler betrifft“ so Pastorello. Er wunderte sich über den Wirbel, den seine Äußerungen verursacht hatten. „Ich habe auch schon zuvor gesagt, dass der Rassismus unter den Fans ein nicht länger tolerierbares Ausmaß erreicht hatte“, erklärte er. Tatsächlich wurden in den Stadien von Verona und Rom seit Jahren farbige Spieler ausgepöfht und mit rassistischen Parolen beleidigt. Als im November 1999 rechte Fußballfans in Rom antisemitisch motivierte Anschläge verübten, traten die Spieler in einem Akt der Zivilcourage mit weißen T-Shirts auf, auf denen „Nein zu Antisemitismus und rassistischer Gewalt“ stand. Anfang 2000 erließ die Regierung in Rom eine Verordnung, nach der das Zeigen rassistischer und antisemitischer Parolen in Stadien Sanktionen für den Verein zur Folge haben können. Zuvor hatten faschistische Fans in Rom ein Transparent mit der Parole „Auschwitz Euer Vaterland; die Öfen Eure Häuser“ aufgehängt.

Diese Radikalisierung ist das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit zwischen militanten Neofaschisten und rechten Fußballfans. So werden den Führungskadern der Forza Nuova (FN) Roberto Fiore und Massimo Morsello gute Kontakte zu den römischen Fans nachgesagt. Der umtriebige Fiore war im vergangenen Mai auch Gast des „2. Tag des Nationalen Widerstands“ der NPD in Passau.

Fiore und Morsello, die zu hohen Haftstrafen verurteilten Köpfe der in den 80er Jahren aktiven rechtsterroristischen Terza Posione, hielten sich zehn Jahre als Justizflüchtlinge in Großbritannien auf. Dort waren sie nach Informationen des in Italien lebenden Publizisten Egon Günther, der für italienische und deutsche Medien zum Thema Neofaschismus in Italien schreibt, als Informanten des britischen Geheimdienstes MI5 vor Auslieferung sicher und bauten mit Unterstützung vermöglicher Gönner ein Wirtschaftsimperium auf. Die Gewinne aus einer Kette von Jugendhostels und Reisebüros wurden nach ihrer Rückkehr nach Italien für den Aufbau der Forza Nuova verwandt. Die ist erst vor Wochen wieder verstärkt in die Schlagzeilen geraten. Sogar ein Verbot wird erwogen. Grund ist ein Bombenanschlag auf die römische Redaktion der linksunabhängigen Tageszeitung „Il Manifesto“. Der Attentäter Andrea Insabato, der sich bei der Aktion selbst verletzte, hatte enge Kontakte zu der rund 2500 Mitglieder starken FN. Die 1998 gegründete Gruppierung hat mit Kampagnen gegen Migration, Abtreibung und Kriminalität am rechten Rand Stimmung gemacht. Mittlerweile hat das Innenministerium in Rom Anzeichen, dass die FN neben der legalen eine konspirative Struktur besitzt.

Über die Medienöffentlichkeit ist die FN dabei gar nicht begeistert. Schließlich will sie bei den demnächst anstehenden Parlamentswahlen als unabhängige rechte Kraft kandidieren und hofft vor allem bei den von dem bürgerlichen Kurs der Alleanza Nazionale (AN) enttäuschten Rechtswählern auf Zustimmung. Obwohl die FN Wahlabsprachen mit dem rechten Wahlbündnis des Medienmoguls Silvio Berlusconi ablehnt, gibt es vielfältige Verbindungen zu den rechten Parlamentsparteien. So nahmen führende FN-Funktionäre im August 2000 auf einer Konferenz unter dem Titel „Abtreibung - Der Völkermord des 20. Jahrhunderts“ teil, wo sie gemeinsam mit Vertretern der AN und christlichen Rechten gegen Homosexuelle hetzten. In Padua gibt es auf kommunalpolitischer Ebene eine Zusammenarbeit zwischen der FN und dem rechten Pol um Berlusconi.

Peter Nowak

NS-Vergangenheit**Mitverantwortung**

Holocaustüberlebende haben in den USA gegen IBM Klage erhoben.

Sucht man in der Fachliteratur einschließlich der Lexika über den Holocaust Hinweise auf die Beteiligung des Computerriesen IBM am Völkermord, wird man fast nichts finden. Dennoch steht im Holocaust-Museum in Washington eine alte Hollerith-Maschine von IBM. Aufklärung über diesen Widerspruch scheint nun der amerikanische Journalist Edwin Black mit seinem soeben erschienenen Buch „IBM und der Holocaust“ zu liefern. Zusätzliche Informationen könnte das Bundesbezirksgericht des New Yorker Stadtteils Brooklyn beisteuern. Kurz bevor Blacks Buch auf den Markt kam, ging bei diesem Gericht nämlich eine Sammelklage gegen IBM ein. Fünf Holocaustüberlebende werfen - vertreten durch den New Yorker Anwalt Michael Hausfeld - IBM vor, mitverantwortlich für den Völkermord in der NS-Zeit zu sein. Die IBM-Maschinen hätten den Nazis geholfen, rasch einen genauen Überblick über die Zahl und den Wohnort der Juden und anderer Verfolgter zu erlangen und sie zu verschleppen. Damit sei eine wichtige Voraussetzung für deren Ermordung geschaffen worden.

Ob dem tatsächlich so ist, dürfte sich bald zeigen. Völlig neu sind die Vorwürfe gegen IBM allerdings nicht. In ihrer Dokumentation „Die restlose Erfassung“ hatten Götz Aly und Karl Heinz Roth schon vor Jahren darauf verwiesen, wie wichtig Maschinen für die lückenlose Registrierung in der NS-Zeit waren. Das in der berühmten „Schwarzen Reihe“ des Fischer Verlags erschienene Buch hatte zwar eine angemessene Beachtung gefunden, dieser Aspekt war aber übersehen worden. Das dürfte daran gelegen haben, dass die Zeitgeschichtsforschung lange Zeit die Technik weitgehend ignoriert hat. „An den Unis ist die Technikgeschichte bisher gern als Exotenfach belächelt worden“, sagte jüngst der Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Professor Wolfgang Benz, der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ).

Wie zahlreiche ausländische Firmen hatte auch IBM Jahrzehnte lang behauptet, spätestens nach Hitlers Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 jegliche Beziehungen mit Deutschland abge-

brochen zu haben. Meistens erwiesen sich solche Beteuerungen als Schutzbehauptungen. Hausfeld zieht in seiner Klage eine interessante Linie: Die in Deutschland eingesetzten IBM-Maschinen seien nur gemietet gewesen. IBM-Techniker hätten sie regelmäßig gewartet und darüber Berichte gefertigt. So habe die Mutterfirma in den USA zwangsläufig Einzelheiten über die Konzentrations- und Vernichtungslager erfahren. Das kann, muss aber nicht zutreffen. Die Berichte können auch bei der deutschen IBM-Vertretung verblieben sein. Für das KZ Dachau sollen 24 Hollerith-Maschinen nachweisbar sein. Auch in Auschwitz sollen sie verwendet worden sein. Das freilich ist eher unwahrscheinlich - aus zwei Gründen. Erstens findet sich in der kaum noch überschaubaren Auschwitz-Literatur dafür bisher kein Hinweis und zweitens wären solche Zählmaschinen überflüssig gewesen, weil die Opfer bereits hinter den elektrischen Zäunen oder vor den Gaskammern dahinvegetierten, also gar nicht mehr „erfasst“ werden mussten. Zweifel an Blacks Thesen äußert auch der Senior der internationalen Holocaustforschung Raul Hilberg. In einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ sagte der amerikanische Historiker, die Hollerith-Maschinen seien nicht in der Absicht verwendet worden, „die Juden zu selektieren und zu vernichten. Es ging ganz einfach darum, eine statistische Übersicht über die Bevölkerung zu bekommen.“

Bei Hilberg muss bedacht werden, dass sein grundlegendes Werk über „Die Vernichtung der europäischen Juden“ zum ersten Mal 1961 erschienen ist. Seitdem sind ungezählte neue Forschungsergebnisse erzielt worden. Dennoch bereitet sich IBM auf Enthüllungen durch Black vor. Sollte, so hat der Konzern seinen Mitarbeitern geschrieben, „IBM und der Holocaust“ Neues bringen, „wird IBM die Informationen prüfen und verlangen, dass Wissenschaftler und Historiker Gleiches tun.“

Obwohl die neue Sammelklage die von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft verlangte Rechtssicherheit für deutsche Firmen in den USA keineswegs zwangsläufig verzögern muss, wie die Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne) und Max Stadler (FDP) ausdrücklich betonen, hat der Sprecher der Initiative, Wolfgang Gibowski, die Gelegenheit benutzt, genau dies an die Wand zu malen, um den längst überfälligen Beginn der Auszahlungen hinauszuschieben. Lothar Evers vom Bundesverband der NS-Verfolgten reagierte mit der Feststellung: „Wir hatten schon genug Ausreden, jetzt gibt es eine neue.“ *Heiner Lichtenstein*

Bücherschau

Rechten Ruf gewahrt

Das Jahrbuch Extremismus und Demokratie gehört - jetzt im 12. Jahrgang für das Jahr 2000 - zu den Standardwerken der politischen Literatur um die Ränder des demokratischen Systems. Der Band dokumentiert ausführlich die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1999 - Europawahl, Landtagswahlen in Hessen, Bremen, Saarland beziehungsweise in Brandenburg, Thüringen, Sachsen sowie Berlin (Eckart Jesse). Uwe Backes gibt einen Überblick über die Parteien und Organisationen, ausführlich über die PDS, zu der es die bemerkenswerte Feststellung gibt, die starke Stellung der PDS habe integrierend gewirkt und so die militante außerparlamentarische Linke zurückgedrängt.

In einem Interview kommt der Ex-Präsident des Verfassungsschutzbundesamtes, Peter Frisch, zu Wort. Einzelanalysen sind der FPÖ (Patrick Moreau), VVN-BdA (Bettina Blank), der DVU in Sachsen-Anhalt (Jürgen Hoffmann), den Skinheads in der rechtsextremistischen Szene (Christian Menhorn), Franz Schönhuber (Uwe Backes), der Situation des Extremismus in Nordirland (Monika Prützel-Thomas) und zum 50. Jahr ihres Bestehens der Zeitschrift „Nation&Europa“ (Armin Pfahl-Traughber) gewidmet. Pfahl-Traughber hebt mit Blick auf kritische Texte in „Nation&Europa“ zur Situation im eigenen Lager „inner-rechtsextremistische Meinungsvielfalt“ hervor, unterstreicht aber die generelle Distanz zum Verfassungsstaat. Wichtig sei die Rolle bei der Entdeckung neuer politischer Themen, beispielsweise die Überfremdungsthese bereits bei Ehrhardt oder der Hinweis auf die Entwicklung einer braunen Jugendkultur.

Unter den Rezensionen fällt das Übergewicht von historisierenden Texten auf, etwa zu Faschismus, Kommunismus (von Gerd Koenen „als Ex-Extremist“), Totalitarismus (unter Einschluss von Nolte), Antikommunismus und Antiamerikanismus (von Gesine Schwan) oder Stalins Deutschlandpolitik. Auf die Situation des aktuellen Extremismus beziehen sich Thomas Kuchems „Staatsfeind Scientology?“ (verdientermaßen kritisch dazu: Hans-Gerd Jaschke) und Jens Mecklenburgs Sammelwerk „Braune Gefahr“ (Peter Dudek). Lesenswert ist die Analyse der Suche nach dem „dritten Weg“ als demokratische Strategie im Zeitalter der Globalisierung“ von Roland Sturm. Sehr kontrovers ist die

Debatte um die Arbeit von Hubertus Knabe „Unterwanderte Republik“ über die Westarbeit des MfS (Klaus Eichner, Helmut Müller-Enbergs, Stephan Hilsberg, Manfred Funke).

Nun haben die Herausgeber Jesse und Backes einen Ruf zu verteidigen und es würde wundern, wenn sie dem in dem Band nicht gerecht zu werden versuchten. Das beginnt mit ihrer Analyse „des Zustandes des 'antiextremistischen Konsenses' in Deutschland“, was an der Debatte um das NPD-Verbot festgemacht wird. Sie gelangen zu dem Ergebnis, das auf der geschichtlichen Erfahrung beruhende Konzept der streitbaren Demokratie habe sich gewandelt, als „die Abwehrhaltung gegenüber den Formen von rechts nach wie vor (und sogar verstärkt) besteht, weniger jedoch die gegenüber denen von links“. Und hier fügt sich das fast ein Fünftel des Buches beanspruchende Forum zum Streit um den Widerstandskämpfer Georg Elser ein, als „Affäre am Dresdner Hannah-Arendt-Institut“ bezeichnet, in dem Lothar Fritze, sekundiert von Helfern, Gelegenheit zur Verteidigung seiner „unorthodoxen Thesen“ hat. Die Position der kritischen Kommentatoren wird erklärt aus deren „beruflicher Sozialisation, der Zugehörigkeit zu Schulen und Fachrichtungen, ihre Rolle in vorausgegangenen Kontroversen“. Es kämen die „philosophisch geschulten Wissenschaftler zu einem positiven Urteil der Thesen Fritzes, während die Fachhistoriker ihnen wenig bis nichts abgewinnen“ könnten. Nicht nur angesichts solcher Gedankenführung legt man das Buch eher enttäuscht aus der Hand.

Klaus-Henning Rosen

Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.). Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 12.Jahrgang 2000, Baden-Baden 2000, 592 Seiten.

Hinweis

Oranienburg - Ein internationales Symposium „Orte des Verbrechens zwischen Geschichte und Stadtentwicklung“, durchgeführt von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Stadt Oranienburg, der Akademie der Künste und der Bundeszentrale für politische Bildung vom 15. bis 17. März befasst sich mit dem Konzept zur Nachnutzung des ehemaligen SS-Truppenlagers des KZ Sachsenhausen. Veranstaltungsorte sind dabei die Akademie der Künste in Berlin, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen in Oranienburg sowie die Räumlichkeiten der Oranienburger Pharmawerke. Info: Architektur- und Kulturmanagement U. Heimrod, fax 030/6143066, E-Mail heimrod@ngi.de

Bücherschau

Online-Propaganda

Als im März 1993 der Mailbox-Verbund „Thule-Netz“ startete, 1995 die Stormfront-Page aus Florida als erste neonazistische Seite im Internet auftauchte und im folgenden Jahr die deutsche Szene nachzog, ließ sich erahnen, dass computergestützte Kommunikation den internationalen Rechtsextremismus verändern würde. Die Zahl rechtsextremistischer Homepages ist seither rasant gestiegen, alle Facetten des Lagers sind im Internet mit Hunderten von Seiten vertreten. Als Mobilisierungs- und Vertriebsmedium hat es einen zentralen Platz im rechtsextremen Medienmix eingenommen und Wege gewiesen, in Deutschland strafbares Material risikolos und schnell auf dem Umweg über das Ausland zugänglich zu machen. Zudem hat das Netz Rassisten und NS-Verherrlichern neue Einfallstore in jugendliche Lebenswelten eröffnet.

Die erste größere deutschsprachige Publikation, die sich diesem Thema aus einem Guss widmet, haben jetzt die Fernsehjournalisten Rainer Fromm und Barbara Kernbach mit ihrem Buch „Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr“ vorgelegt. Als Spezialisten haben sich die beiden Autoren bereits durch ihre Publikationen „...und morgen die ganze Welt?“ zur rechtsextremen Publizistik in Europa sowie „Europas braune Saat“ (beide 1994) ausgewiesen. Für den neuen Band haben sie zudem auf Material ihres im vergangenen Jahr entstandenen Dokumentarfilms „Rechtsextremismus im Internet“ zurückgegriffen. Bislang lag lediglich der informative Sammelband „Das Netz des Hasses“ aus dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands vor (Deuticke-Verlag 1997).

Fromm/Kernbach liefern Kurzbeschreibungen einer Fülle rechter Seiten und spiegeln somit die Bandbreite der braunen Homepages wider: Das Spektrum reicht von Internet-Auftritten der Wahlparteien REP, NPD und DVU über neonazistische Propaganda-Seiten, schwarze Listen der Anti-Antifa, Anleitungen zum Bombenbau, subkulturelle Sites aus den Skinhead-, Black-Metal- und Gothic-Szenen bis zur Internationale der Holocaust-Leugner. Indem das Buch beispielhaft auf Querverbindungen (Links) zu anderen Seiten hinweist, entsteht ein Eindruck von der engen und grenzüberschreitenden Vernetzung der Online-Angebote. Im Schlusskapitel skizzieren sie neonazistische Computerspiele,

die im Internet abrufbar sind und deren Verbreitung steige. Mitunter handelt es sich um Abwandlungen bekannter Produkte: Dies gilt für die Spiele „Nazi-Doom“ oder „Nazi Moorhuhnjagd“. Letzteres musste NSDAP/AO-Führer Gary Lauck allerdings im Oktober 2000 von seiner Seite nehmen, nachdem der Erfinder des Originals geklagt hatte.

Einen Schwerpunkt legt der Band auf Seiten, die ihr Publikum zu wesentlichen Teilen in Deutschland finden. Als „internationale Seiten“ stellt er Ausführungen zu drei US-amerikanischen Neonazi-Homepages voran (Stormfront, National Alliance, NSDAP/AO), die Beispiele für eine Vielzahl ähnlich gelagerter Sites sind. So gibt das Buch über die Darstellung der Homepages hinaus einen sehr aktuellen, breiten, notwendigerweise unvollständigen Überblick über die vielfältige rechtsextreme Szenerie im In- und Ausland. Zu Beginn setzen sich die Autoren mit sechs Gegenstrategien zur Online-Propaganda auseinander und relativieren so die gängige Annahme, den Umtrieben im Netz sei die Gesellschaft schutzlos ausgeliefert. Während sie Verboten und Filtersoftware skeptisch begegnen, fordern sie aufklärende Seiten im Netz und verweisen auf Initiativen wie das Portal www.shoa.de.

Das Buch scheint allerdings mit heißer Nadel gestrickt. Über weite Strecken verweben Fromm und Kernbach ausführliche Zitate der rechten Homepages mit meist wörtlichen Auszügen aus den Verfassungsschutzberichten oder O-Tönen offizieller Stellen. So verbleiben sie auf einer deskriptiven, wenig analytischen Ebene. Von Publizisten, die sich seit Jahren intensiv mit dem Thema befassen, hätte man auch eine etwas schärfere Begrifflichkeit erwarten können: Dazu zählt, dass sie sich zwischen den Bezeichnungen „Rechtsextremismus“ und „Rechtsradikalismus“ entscheiden oder nachvollziehbar zwischen Beidem differenzieren. Auch die Frage etwa, was einen „Neosatanismus“ von der traditionellen Form des Kults unterscheidet, überlassen die Autoren dem Leser. Die Rechtslage in Online-Welten - immerhin eine zentrale Frage für Internet-Propagandisten - berühren sie nur am Rande. Sie verzichten zudem auf ein Register. Angesichts der Fülle von Personen und Organisationen hätte es den Gebrauchswert des Bandes erheblich erhöht. Alles in allem aber wurde ein informatives Buch vorgelegt, das als Nachschlagewerk über rechte Homepages hilfreich ist. *Thomas Pfeiffer*
Rainer Fromm und Barbara Kernbach: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr, Olzog Verlag, München 2001, 290 Seiten, 29 DM

Aktivitäten

„Ein Zeichen setzen“

Vier Neonazis in Wuppertal zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Täter haben zugegeben, den Tod von Menschen billigend in Kauf genommen zu haben.

Die der Wuppertaler NPD beziehungsweise der Velberter Neonaziszene zugehörigen vier Angeklagten hatten am 23. September vergangenen Jahres in Wuppertal zwei Molotow-Cocktails gegen ein Fenster eines Flüchtlingswohnheims geworfen. Ein Brandsatz setzte ein Zimmer, in dem zwei Kleinkinder und ihre Eltern schliefen, in Brand. Während es der Mutter gelang, die Kinder in Sicherheit zu bringen, warfen ihr Mann und ein zu Hilfe geeilter Nachbar die brennenden Matratzen aus dem Fenster. Die kurze Zeit später eingetroffene Feuerwehrr schaffte es dann, das Feuer zu löschen.

Er sei, so der Angeklagte Maik Maruhn, gemeinsam mit Sascha Lamijon und Markus Ott in Begleitung von zwei Freundinnen von Velbert nach Wuppertal gefahren, um dort den Angeklagten Stefan Moser und dessen Freundin zu besuchen. Sie hätten über das anstehende NPD-Verbot diskutiert und seien dabei auf die Idee gekommen, „ein Zeichen zu setzen, dass Ausländer hier in Deutschland nicht erwünscht sind.“ Man habe Brandsätze gebaut und ein geeignetes Objekt ausgekundschaftet. Nach Vollendung der Tat sei man zurück zu Mosers Wohnung gefahren und habe die nach Benzin riechende Kleidung versteckt.

96 Minuten nach der Tat wurden die vier Männer und drei Frauen in der nur einen Kilometer vom Tatort entfernten Wohnung verhaftet. Gegen die Frauen wurde ein Verfahren wegen Strafvereitelung eingeleitet. Moser, Lamijon und Ott verfügen bereits über Hafterschaft wegen einschlägiger Delikte. Lamijon, der 1994 dabei war, als in Velbert der Obdachlose Horst Pulter ermordet wurde und diesen zuvor getreten und mit einer Gabel malträtirt, hierfür aber lediglich eine einjährige Bewährungsstrafe kassiert hatte, wurde von Oktober 1998 bis April 1999 während des Absitzens einer Haftstrafe auf der „Gefangenenliste“ der Hilfgemeinschaft für Nationale Gefangene geführt. Derartige Hinweise auf die Eingebundenheit der Täter in die organisierte Neonaziszene fanden allerdings vor Gericht keine Erwähnung.

Heimtückisch, gemeingefährlich und von ausländerfeindlicher Motivation, aber auch von Spontaneität geprägt, sei die Tat gewesen, plädierte Staatsanwältin Mayr und forderte hohe Freiheitsstrafen zwischen sechs und 14 Jahren. Da alle Angeklagten zuvor eingeräumt hatten, dass sie billigend den Tod von Menschen in Kauf genommen hätten, hatten ihre Verteidiger dem nicht viel entgegenzusetzen. „Innere Leere“, „Angst als Feigling zu gelten“ und Alkoholgenuss hätten zu der Tat geführt. Mosers Verteidigerin erklärte, dass eine derartig feige Tat ihrem Mandanten völlig wesensfremd sei. Dieser habe schon immer „den Kampf Mann gegen Mann“ bevorzugt. Auch der Verteidiger von Maruhn versuchte den Vorwurf des versuchten Mordes vom Tisch zu bekommen. Ihm sei kein Fall bekannt, bei dem Menschen durch das Werfen von „Brandflaschen“ zu Tode gekommen seien.

Das Gericht konnte dieser Darstellung, aber auch der staatsanwaltschaftlichen Version einer spontanen Tat nichts abgewinnen. Der Anschlag sei sorgfältig geplant und durchgeführt, das Objekt ebenso sorgfältig ausgewählt und zudem seien Spuren beseitigt worden. Trotz nicht unerheblicher Alkoholisierung läge laut den rechtsmedizinischen Gutachten keine verringerte Schuldfähigkeit vor. Letztendlich verurteilte das Gericht Moser und Lamijon zu zehnjährigen, Ott zu einer neunjährigen und Maruhn nach dem Jugendstrafrecht zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe wegen vierfachen versuchten Mordes und versuchter besonders schwerer Brandstiftung. Noch während der Urteilsbegründung feixte Moser gut gelaunt in Richtung der zahlreich im Publikum vertretenen „Kameraden“, darunter auch die beiden erst am 9. Januar zu Bewährungsstrafen verurteilten NPD-Mitglieder Maik Hilgert und Andreas Stahlschmidt, die am 8. Februar wieder an der Seite von Christian Worch durch Hagen marschiert waren. *Rolf Krehle*

Hinweis

Vlotho - Ein Argumentationstraining gegen rechte Stammtisch- beziehungsweise Schulhofparolen führt der Jugendhof Vlotho am 20. und 21. März durch. Multiplikatoren in der politischen Jugendarbeit sollen dabei lernen, Gegenpositionen zu platten rechten Parolen besser vertreten und Argumentationsstrategien dann auch den Jugendlichen in der eigenen Einrichtung vermitteln zu können. Bildungsstätte Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho, Tel. 05733/923-324, Fax 05733/10564; e-Mail: g.schoell@lwl.org

Meldungen**Inland**

■ **Bamberg** - Der rechtsextreme Schutzbund für das deutsche Volk (SVD) hat wiederholt in der oberpfälzischen Stadt Bamberg rassistische Parolen plakatiert. Zuletzt Anfang Februar auf zahlreichen Plakatwänden das Motto „Vielfalt durch Abgrenzung“. Vergangenen Oktober waren die Plakate in Bamberg bereits nach einem Tag wieder abgenommen worden. Der Schutzbund verklagte daraufhin die für die Plakatierung verantwortliche Deutsche Städte Medien GmbH. Das Bamberger Amtsgericht erachtete Ende Dezember die Werbung als „nicht sittenwidrig“. In Bamberg demonstrierte nun die Menschenrechtsorganisation amnesty international gegen die Plakataktion des SVD (Wir lieben diese Vielfalt und möchten sie erhalten!). Der Schutzbund wurde 1981 in Heidelberg gegründet und sieht sich als Sachverwalter des so genannten „Heidelberger Manifestes“. Zweck des SVD ist die „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“. Bundesweit gehören ihm rund 200 Mitglieder an.

■ **Berlin** - Die rechtsextremistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Straftaten sind im vergangenen Jahr um 58,9 Prozent auf 15.951 Vorfälle (1999: 10.037) angewachsen, darunter waren 3.594 fremdenfeindliche (2.283) und 1.378 (917) antisemitische Straftaten zu verzeichnen. Dies teilte das Bundesinnenministerium am 2. März in Berlin mit. Mit Besorgnis wird insbesondere der Anstieg der Gewalttaten um 34 Prozent auf 998 Delikte (Vorjahr: 746) gesehen. Der größte Anteil entfällt dabei auf die aus Fremdenfeindlichkeit begangenen Gewaltdelikte, die um 42,1 Prozent von 461 auf 641 angestiegen sind. Die rechtsextremen Gewalttaten sind auf 328 (279), die antisemitischen auf 29 (16) Vorfälle angestiegen.

■ **Brandenburg** - Der DVU-Landtagsabgeordnete Sigmar-Peter Schuldt (50) wurde vom Amtsgericht der Stadt Brandenburg Anfang Februar wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 6 800 Mark verurteilt. Schuldt hatte im Februar des vergangenen Jahres einen Lieferwagenbesitzer bedroht. Nach einer verbalen Auseinandersetzung mit dem LKW-Führer hatte der Parlamentarier seinen Revolver aus dem Auto geholt und auf sein Opfer gerichtet. Das Gericht zog den Revolver ein, da Schuldt „nicht befähigt sei, damit umzugehen“.

■ **Celle** - Ein 22-jähriges Mitglied der Celler „Kameradschaft 73“ hat in der Nacht zum 26. Februar die Synagoge und den jüdischen Friedhof der niedersächsischen Stadt mit Plakaten mit dem Konterfei des SA-Sturmführers Horst Wessel geschändet. Das „Horst-Wessel-Lied“ war während der Nazi-Diktatur neben dem Deutschlandlied zur Nationalhymne geworden. Die Gedenkplakate zum 71. Todestag von Wessel werden von einem „bundesweiten Gedenkkomitee ‘Horst Wessel’“ mit Postfachadresse in Berlin vertrieben. Werbung macht dafür unter anderem die zentrale Homepage der so genannten Freien Nationalisten namens „Widerstand“.

■ **Frankfurt/Main** - Der hessische DGB-Landesvorsitzende Dieter Hoohe hat Strafanzeige gegen die Republikaner in Frankfurt wegen des Verdachts der Volksverhetzung gestellt. Als „durchsichtige antisemitische Hetze im Kommunalwahlkampf“ bezeichnete er ein Plakat der REP mit der Aufschrift „Bubis-Brücke“, das im Stadtteil Sachsenhausen geklebt worden war. Damit gehe „die Saat auf“, die von einer Bürgerinitiative gegen die Umbenennung der Obermainbrücke in Ignatz-Bubis-Brücke gesät worden sei, so Hoohe. Die Republikaner hatten im Stadtrat gegen die Umbenennung gestimmt.

■ **Friedrichsroda** - Thüringen entwickelt sich offenbar immer mehr als Region für zentrale Veranstaltungen von Rechtslastigen. Im Stift Reinhardsbrunn in Friedrichsroda im Thüringischen Wald fand im Februar konspirativ abgeschottet das Winterkolleg zum Thema „Mythos“ des Instituts für Staatspolitik (Bad Vilbel) um Karlheinz Weißmann statt. Am folgenden Wochenende traf sich am gleichen Ort der Arbeitskreis Christlicher Publizisten (ACP) zu seiner Jahreshauptversammlung. Am Vorabend referierte bei der evangelikalen Organisation die thüringische Ministerin Dagmar Schipanski (CDU). In der jüngsten Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift zitiert der ACP, der enge Verbindungen zur extremen Rechten pflegt, angebliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, wonach in einigen Bundesländern das „Volumen des Linksradikalismus das des rechten Spektrums längst überholt“ habe und spricht von „Hysterie“ im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den Rechtsextremismus.

■ **Leer** - In der aktuellen Februar-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ findet sich auch ein Bericht über eine Razzia bei dem rechtsextremistischen

Musikverband „Moin Moin“ im ostfriesischen Leer. Dabei waren Mitte Januar rund 5 000 Tonträger beschlagnahmt worden. Insgesamt durchsuchten Polizeibeamte 14 Wohnungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Gegen den 23-jährigen Verantwortlichen von Moin Moin Production und Versand, Cord Pleis, niedersächsisches Landesvorstandsmitglied der Jungen Nationaldemokraten, ermittelt die Staatsanwaltschaft nun wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

■ **Lübeck** - Die NPD-nahe Vereinigung Bündnis Rechts unter Führung von Dieter Kern aus Lübeck ruft in einem Flugblatt (Februar) zum Kampf gegen die Castortransporte auf: „Wir fordern (...) alle Nationalisten auf, sich mit den Castorgegnern hemmungslos zu solidarisieren.“ Das rechtsextremistische Bündnis Rechts will es nicht mehr zulassen, „dass unser Land von scheinbar korrupten Politikern zugrunde gerichtet wird“.

■ **Mainz** - In der Februar-Ausgabe der HNG-Nachrichten ist die aktuelle „Schwarze Liste“ abgedruckt. Namentlich werden all diejenigen HNG-Mitglieder aufgeführt, die ihren Mitgliedsbeitrag beziehungsweise die Abonnementgebühren nicht bezahlt haben; darunter neben anderen: Franz Löschnig, Michael Neumann, Peter Röblein, Sebastian Reich, Michael Schönborn, Michael Thiel, Andreas Thien. Weiterhin gratuliert der HNG-Vorstand in dem Heft den österreichischen Aktivisten Max und Karin Haidinger zur Geburt ihres Sohnes. Karin Haidinger gilt in Wien als führende Frontfrau von „Blood&Honour“. Ehemann Max war ab Dezember 1999 im Internet - unter dem Pseudonym „Mjölnir“- zugange. Bei einer unlängst durchgeführten Hausdurchsuchung bei Haidingers wurden unter anderem Hakenkreuzaufkleber und NS-Fahnen sichergestellt.

■ **Mannheim** - Die holocaustleugnende Gruppe Die Freunde im Ausland (DFiA) bedroht im Internet den konsequent gegen neonazistische Straftäter vorgehenden Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein. Der „wahnsinnige Justizverbrecher Klein“, so die Seite der DFiA (= der ehemalige Unterstützerkreis des Holocaustleugners Otto-Ernst Remer), sei ein „Volksfeind“, der „eines Tages“ für seine „Verbrechen gegen die deutsche Menschlichkeit“ büßen werde.“ In einem Aufruf namens „Die Rache wird kommen!“ heißt es: „Seit mehr als 50 Jahren wird das deutsche Volk vom internationalen Judentum belogen, beraubt und um sei-

ne Ehre und die Früchte seiner Arbeit gebracht. Mehr als 50 Jahre Demütigungen, Erpressungen, Verleumdungen, Beleidigungen und Lügen, Lügen und nochmal Lügen, sind bis heute das Los des deutschen Volkes, verbrochen von den Lakaien des 'Judentums'“

■ **Nürnberg** - Martin Laus (Kaiserslautern) wurde auf der jüngsten Bundesversammlung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) in Nürnberg zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Laus löst Dietmar Engelhard, Redaktionsmitglied von „Nation&Europa“ ab. Weitere Bundesvorstandsmitglieder sind neben anderen Dennis Witt (Essen), Arne Schimmer (Karben) und Jürgen Gansel.

■ **Nürtingen** - Hinter dem Pseudonym „Rudolf Künast“, Dauerautor in der revisionistischen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG) aus dem Tübinger Grabert-Verlag, soll Rolf Kosiek aus Nürtingen stecken. Kosiek, einst NPD-Chefideologe, ist seit 20 Jahren Mitarbeiter im Grabert-Verlag. Der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) steht er seit 1992 als Vorsitzender vor.

■ **Riesa** - Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ hat Verstärkung in der Redaktion erhalten. Neu hinzugekommen sind die beiden hessischen Funktionäre Jürgen W. Gansel und Arne Schimmer. Der Burschenschaftler Gansel ist gegenwärtig stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und Bundesgeschäftsführer des NHB. Seit dem vergangenen Jahr arbeitet er als Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, die in der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg erscheint. Arne Schimmer schrieb bis Ende 1999 häufig für die „Junge Freiheit“.

■ **Tönning/Hamburg** - Die schleswig-holsteinische NPD hat nach Angaben der rechtsextremen Homepage „Stoertebeker“ am 24. Februar den vorbestraften Neonazi Peter Borchert zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter fungieren Jörn Lembke und Heino Förster. Schatzmeister ist Torsten May, Beisitzer neben anderen Stephan Saur. „Stoertebeker“ zufolge war die erste Maßnahme des neuen NPD-Landesvorstandes die Einstellung des Parteiausschlussverfahren gegen Jürgen Gerg („Revolutionäre Plattform“), der nun zum Landesgeneralsekretär berufen wurde. Christian Worchs Sprachrohr im Internet, das „Aktionsbüro Norddeutschland“, freut sich: Zum zweiten Mal

innen vier Monaten ist mit Peter Borchert ein Worch-Gefolgsmann an die Spitze der schleswig-holsteinischen NPD gewählt worden. Das Aktionsbüro wertet den Wahlerfolg des Neonazi-Flügels in der NPD als Sieg der „jungen revolutionären Kräfte in der Partei“. Mitte Oktober letzten Jahres hatte ein Landesparteitag den Worch-Anhänger Jürgen Gerg als Landeschef gewählt. Gerg war aber von der Bundesspitze der Partei kurz darauf seines Amtes enthoben worden.

■ **Schwarzenborn/Knüll** - Der 72-jährige Manfred Roeder, einstiger Hitlerjunge und verurteilter Rechtsterrorist, sucht mit Hilfe seines aktuellen Rundbriefes Mitarbeiter aller Art für sein Anwesen im nordhessischen Schwarzenborn. Roeder ist auf der Suche nach einem Büroleiter, einem Hausmeister, einer Haushälterin („das Wichtigste“) und Helfern für die „Neugestaltung unseres Reichshofes“ nach dem Auszug seiner geschiedenen Frau. Weiterhin berichtet Roeder in dem Rundbrief, es habe „sich schon so etwas wie ein freiwilliger Arbeitsdienst entwickelt“. Die Finanzierung des Projekts wurde bereits „mit Hilfe treuer Freunde“ erfolgreich in Angriff genommen. Einer der treuesten Freunde, Klaus Bunge, verstarb am 1. Januar 2001. „So hat sich am ersten Tag des neuen Jahres einer der einsatzfreudigsten und wackersten Mitstreiter zur Großen Armee abgemeldet.“

Ausland

■ **Kanada/USA** - Der deutsche Holocaustleugner Ernst Zündel hat nach rund 30-jährigem Aufenthalt seinen kanadischen Wohnort Toronto verlassen und lebt nunmehr in den USA. Szene-internen Angaben zufolge konnte er in die USA umziehen, da er zuvor die dort lebende Ingrid Rimland, die Webmasterin der „zundelsite“, geheiratet hatte.

■ **Österreich (Völs)** - Der in Völs bei Innsbruck lebende Neonazi Achim Johler wurde von der österreichischen Polizei verhaftet. Der aus Ravensburg stammende Johler gilt als Verbindungsmann zwischen den österreichischen und südtirolerischen Divisionen von „Blood&Honour“. Angaben der italienischen Staatsanwaltschaft in Bozen zufolge hatte Johler auch Kontakte zu einer elfköpfigen Skingruppe, die jüngst an der Brenner-Autobahnraststätte Laimburg drei Marokkaner überfiel (BNR 4/01). Die Bozener Staatsanwaltschaft hat die Auslieferung von Johler, der bereits wegen rassistischer Umtriebe in der Bundesrepublik bestraft ist, bei den österreichischen Behörden beantragt.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 05-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

■ **Österreich (Wien)** - Mitglieder der „Kameradschaft Germania Wien“ (kurz: „KS Germania“) haben am 23. Februar an einer FPÖ-Wahlkampfveranstaltung mit Jörg Haider in Wien teilgenommen. Haider widmete den Rechtsextremisten am Ende der Veranstaltung gar eine Autogrammkarte mit dem Gruß „Für KS Germania“. Das Autogramm mit dem Haider-Konterfei prangt nun auf der Homepage der „Kameradschaft Germania Wien“. Hinter der „Kameradschaft Germania Wien“ vermuten österreichische Szenekenner eine Melange von Aktivisten von „Blood&Honour“ sowie deutschnationalen Burschenschaftlern. Nach Eigenbekunden pflegt die „Germania Wien“ enge Kontakte zu den bundesdeutschen „Freien Kameradschaften“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.